Anlage

Leitfaden und Erläuterungen zum Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) zu Ziffer 3.

Zum sachlichen Anwendungsbereich des HinSchG (vgl. im Einzelnen § 2 HinSchG) gehören **insbesondere** Verstöße gegen folgende Vorschriften bzw. verbindliche Regelungen:

1. Verstöße gegen Strafvorschriften. Dies umfasst jede Strafnorm nach deutschem Recht.
2. Verstöße, die bußgeldbewehrt sind, soweit die verletzte Vorschrift dem Schutz von Leben, Leib oder Gesundheit oder dem Schutz der Rechte von Beschäftigten oder ihrer Vertretungsorgane dient.
3. Alle Verstöße gegen Rechtsnormen, die zur Umsetzung europäischer Regelungen getroffen wurden. Dies umfasst eine Vielzahl verschiedener Bereiche, **beispielsweise** die Folgenden:
 - Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei Arzneimitteln und Medizinprodukten,
 - Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche,
 - Regelungen des Datenschutzes,
 - Vorgaben zum Umweltschutz, Strahlenschutz,
 - Regelungen des Verbraucherschutzes,
 - Regelungen zur Rechnungslegung bei Kapitalgesellschaften,
 - Sicherheit in der Informationstechnik,
 - Vorgaben zur Produktsicherheit,
 - Vorgaben zur Beförderung gefährlicher Güter,
 - Vergaberecht.
4. Alle Verstöße/Verletzungen von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Pflichten. Dies umfasst **beispielsweise** Verstöße gegen die folgenden Pflichten und Grundsätze:
 - Keine Zwangsarbeit
 - Keine Kinderarbeit
 - Verbot von Diskriminierung
 - Gesundheitsschutz/Sicherheit am Arbeitsplatz
 - Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen
 - Adäquate Freisetzung von Emissionen, d.h. typisiert und überwacht
 - Minimierung des Verbrauchs von Rohstoffen und der Erzeugung von Abfall
 - Minimierung des Energieverbrauchs